



Dokumentation

STRAT.AT plus Forum

"Regionalentwicklung braucht Beschäftigungspolitik!?"

Zeit: **Mittwoch, 24. Februar 2010** | 10.00 bis 15.45 Uhr
Ort: **Wiener Urania, Dachsaal** | Uraniastrasse 1, 1010 Wien

10.15h Perspektivendialog I:

Wie gut ergänzen sich Beschäftigungs- und Regionalpolitik? Erfahrungen aus der Praxis? Hindernde und fördernde Faktoren?

Karoline GINDL (TEP-Koordinatorin Szbg), Anna PUCHER (Regionalmanagement OÖ), Stefan RESSLER (Regionalmanagement Obersteiermark West), Peter SCHMITL (WiBAG) *anschließend Diskussion*



- ⇒ Auf **Landesebene** sind alle arbeitsmarktpolitischen Akteure vertreten (WK, RMs, etc.); deshalb eignet sich diese besonders gut für die Definition von Zielen in den Regionen. Die TEPs befinden sich zwischen „Top-down“ und „Bottom-up“, wobei Good-Practice Beispiele in der Praxis abhängig sind von Engagement aber auch von Persönlichkeit. Die drei regionalen Pakte Pongau, Pinzgau und Lungau werden von der TEP-Koordinationsstelle auf strategisch-operativer Ebene koordiniert. Alle zwei Jahre werden eigene Arbeitsprogramme erstellt (z.B. für Innergebirgsregionen Salzburgs) und in Abstimmung mit den regionalen AkteurInnen **Zielgruppen** und Schwerpunkte festgesetzt (GINDL, siehe Beilage 1).
- ⇒ In der Obersteiermark West gibt es den Versuch, auch kleinere Projekte mit einzubeziehen und fähige junge Arbeitskräfte in der Region zu halten, in die Betriebe zu bringen und so einem latenten Facharbeitermangel entgegen zu wirken. Vor dem Hintergrund einer verstaatlichten Industrie in der Obersteiermark, gilt es, das Image zu verbessern. Ein Best Practice Beispiel hierzu ist das Projekt „Roadmap Industrie & produzierende Wirtschaft Murtal“ (Projektbeschreibung siehe Beilage 2). Basierend auf dem Wirtschafts- und Lebensbereich der Obersteiermark wurde ein **Leitbild** erstellt, nach diesem Projekte entwickelt wurden (RESSLER).
- ⇒ Die Festlegung gemeinsamer Themenbereiche bzw. Spezialisierungen zur Erhöhung der **Kooperation** spielt in Oberösterreich eine wichtige Rolle (z.B. Regio 13). Allerdings stellt sich das Thema „Gender“ aufgrund der Breitenwirksamkeit etwas schwierig dar. Generell ist es eine Herausforderung, regionalwirtschaftliche Entwicklungsprozess-themen auf Landesebene in der Region zu verankern. Eine gute Kommunikation ist essentiell, vorhandene Schnittstellen sollen genutzt werden. Der Dialog mit dem AMS zu Regionsthemen ist jedoch aufgrund der bezirksweisen Zuständigkeiten schwierig (PUCHER, siehe auch Beilage 3).
- ⇒ Als „**One-stop-Shop**“ vereint die WiBAG unter ihrem Dach nicht nur die Geschäftsfelder Standortmarketing und Betriebsansiedlung sowie Förderberatung und Förderabwicklung und strategische Beteiligungen sowie Dienstleistungen für Dritte sondern auch die bgld.

TEP-Koordination. Eine **Konzentration der Kräfte** also Bündelung wesentlicher Aufgaben zur Umsetzung regionalpolitischer Aufgaben und dazu die TEP-Koordination als Bindeglied zur Beschäftigungspolitik sind wesentliche Bausteine für den wirtschaftlichen Aufholprozess des Burgenlandes. Diese „**kurzen Wege**“ und effiziente Arbeitsweise unterstützen eine Kooperation zwischen beiden Politikbereichen. Es gibt eine Reihe von Good-Practice Beispielen einer engen und erfolgreichen Kooperation zwischen der für die Umsetzung der Regionalpolitik verantwortlichen WiBAG und denjenigen für die Beschäftigungspolitik – burgenländische Hauptakteure sind hier das AMS sowie die Sozialabteilung des Landes sowie die RMB und die TEP-Koordinatoren. (SCHMITL, siehe Beilage 4).

11.30h Perspektivendialog II:

Erwartungen, Vorschläge und Ansätze zu Verbesserungen, Ergänzungen?

Zusätzliche PodiumsteilnehmerIn: Anette SCOPPETTA (TEP-Koordinatorin), Franz WEINBERGER (AMS Österreich)

anschließend Diskussion



- ⇒ Die TEPs haben Verflechtungen zu Regional-, Bildungs-, Sozial-, Infrastruktur- und Kommunalpolitik aber eine Kooperation mit den RMs ist nicht immer gegeben. Wesentlich ist jedoch die Zusammenarbeit aller relevanten AkteurInnen der Region im Sinne einer **integrierten Strategie**. Die Pakte haben einen beschäftigungspolitischen Fokus und stellen ein gut funktionierendes Werk dar; besitzen aber dennoch Verbesserungspotential. In Abstimmung mit den regionalen Akteuren sollen Schwerpunkte bzw. Zielgruppen festgelegt und zielgesteuert auf Schwerpunkte hingearbeitet werden (z.B. TEP 3b – Reintegration von arbeitsmarktfernen Personen in den Arbeitsmarkt). (SCOPPETTA)

- ⇒ Ziel ist es, die regionale Wertschöpfung zu erhöhen und die regionale Beschäftigung zu sichern. **Deshalb braucht Regionalentwicklung Beschäftigungspolitik!** (WEINBERGER) Die Regionalpolitik ist ein bunter Mix von Strategien/Themen (z.B. endogene vs. exogene Entwicklung) und die Beschäftigungspolitik wird dabei oftmals ungerechtfertigterweise als „Anhängsel“ der Regionalentwicklung empfunden. Vielmehr müssen die regionalen Humanressourcen in der Strategie mit entwickelt werden und parallel zum Projektfortschritt auch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der Länder gesetzt werden. Die Arbeitsmarktpolitik wurde in Österreich durch den ESF regionalisiert. Ein Good-Practice Beispiel stellen die 146 Qualifizierungsverbände dar. Beide Politikbereiche sind sehr „segmentiert“ angelegt, dies drückt sich auch im STRAT.AT aus, der für das AMS allerdings nicht handlungsleitend ist. Der ESF hat zur Entwicklung von betriebsnaher Arbeitsmarktpolitik in Österreich beigetragen, z.B. Qualifizierungsverbände haben 90.000 Beschäftigte im Bereich „Anpassung“ geschult, „Flexibilisierung“ bei Beschäftigungsabbau. Wichtig für die Zukunft ist ein lebenszyklusorientiertes Vorgehen (z.B. „ageing society“), regionalisierte Arbeitsmarktpolitik (ESF, Maßnahme 3b) und eine Plattform für die Abstimmung stellen die TEPs dar, nicht nur für Sozial- sondern vor allem auch für regionale Qualifizierungspolitik. Anstelle von gemeinsamen Instrumenten oder Strategien (etwa im Rahmen von Multifonds-Programmen) sollen **gemeinsame Themen** mit möglichen **Synergien** festgelegt und über einen gewissen Zeitraum bearbeitet werden (z.B. im

Bereich „Green Technologies“ sowohl betriebliche Förderungen als auch Förderungen für Qualifizierungen). (WEINBERGER)

Daraus lassen sich folgende Statements zu Synergien zwischen Regional- und Beschäftigungspolitik auf regionaler Ebene ableiten:

Entwicklung von ganzheitlichen regionalen Strategien, die jeweils aufbauend auf reg. SWOTs politikfelderübergreifend ansetzen und daher etwa Investitionen in Infrastruktur, Humanressourcen, Technologische Innovationen, Beschäftigungsentwicklung, soziale Eingliederung, etc. beinhalten.

Gefördert bzw. unterstützt wird eine erfolgreiche Kooperation zwischen Regional- und Beschäftigungspolitik durch ständig zu optimierende organisatorische Maßnahmen (z.B.: effiziente Arbeitskreise, kurze Wege und rasche Entscheidungen).

Territoriale Beschäftigungspakte zwischen „Top-down“ und „Bottom-up“ als zukunftssträchtige Einrichtung mit Gestaltungsspielraum/Verbesserungspotenzial zur Verknüpfung beider Politiken (z.B. auch Einbindung der Raumordnung). TEP mit Verbindungen zu Regional-, Bildungs-, Sozial-, Infrastruktur- und Kommunalpolitik.

Erwartungen an Beschäftigungs- und Regionalpolitik für 2014+

- Regionale Strategien, die auf das gemeinsame Ziel der Umgestaltung/ Prozess des (Sozialen) Wandels ausgerichtet sind
- Leitlinien/Leitfaden (mit Best Practices, Tools, Tipps) erstellt in Kooperation zwischen Regionen und Fondsverantwortlichen
- Breite Akzeptanz von lokalen Best Practices und Nutzung bestehender Strukturen/Kooperationen/Modellen (u.a. Förderung von Kooperations-Strukturen ist wichtig)
- Förderung von ganzheitlichen politikfelderübergreifenden Strategien/Maßnahmen
- Umkehr von der (immer noch oft bestehenden) "Top-down" "Mittelverteilung" hin zu Konsultationen mit den Regionen hinsichtlich Ausrichtung der Programme /calls (Einbindung in Politikgestaltung der lokalen/regionalen Ebene)
- Förderung von (sozialen) Innovationen / Experimentierkapital für Regionen und Abbau administrativer Hürden
- 2. Phasing-Out-Periode nach 2014 für das Burgenland, da es in den Bereichen F&E, FTI, Ausbildung und Qualifizierung der Arbeitskräfte und auch beim Abbau der innerburgenländischen Disparitäten nach wie vor erhebliche Defizite gibt.

Europäische Perspektive

13.45 Uhr Katarina MATHERNOVA, Deputy Director General of DG Regio

”Challenges for future cohesion policy covering regional development and employment policies in the European regions”



3 Perspektiven:

1. Grundlagenperspektive
2. Politikperspektive
3. Implementierungsperspektive

Grundlagenperspektive: Laut einer OECD-Studie gibt es Wachstum in allen Regionstypen, nicht nur in den Zentren Europas. 3 Faktoren sind dabei maßgeblich (auch um den regionalen Arbeitsmarkt zu verbessern):

- Investitionen in regionale Infrastruktur
- Business environment
- Qualität und Effizienz des Arbeitsmarktes

Die o.a. Faktoren müssen/sollen automatisch kombiniert werden. Es bedarf eines integrierten Ansatzes, da die Beschäftigungspolitik fundamental ist.

Politikperspektive: **Europa 2020 Strategie:** als strategischer „Blueprint“ beinhaltet sie neben der Regionalpolitik auch alle anderen EU-Politiken. Instrumente: Integration von Legislative und „soft Power“ (z.B. Open Method of Coordination) als erster Versuch unter einem gemeinsamen Dach.

3 Schwerpunkte:

Wachstum auf der Grundlage von Wissen und Innovation, eine integrative Gesellschaft mit hoher Beschäftigung und umweltfreundliches Wachstum: wettbewerbsfähige und nachhaltige Wirtschaft. Alle drei Schwerpunkte benötigen einen integrierten Ansatz und einen Investitionsrahmen.

Implementierungsperspektive: **Mono-Fond Ansatz:** es ist noch zu früh, um Schlussfolgerungen ziehen zu können – einen Zusammenschluss der Fonds wird es jedoch auch in Zukunft nicht geben. EFRE und ESF werden auch nach 2014 als einzelne Fonds erhalten bleiben (auch aufgrund der unterschiedlichen Mechanismen).

Finanzielle Verteilung: EFRE dzt. höher als ESF, wobei die Aufteilung den Mitgliedsstaaten oblag. In Zukunft wird dies neu verhandelt werden und die Frage der Abgrenzungslinie („demarcation“) (auch hinsichtlich ländlicher Entwicklung) wird wieder zentral sein.

Die zukünftigen Herausforderungen für EFRE und ESF sind dieselben und sollten gemeinsam behandelt werden.

14.15h Thomas BENDER, Direktor der GD BESCHÄFTIGUNG

"Zentrale Herausforderungen für eine künftige Beschäftigungspolitik unter besonderer Berücksichtigung der regionalen Perspektive"



Zitat: „**Ja, Regionalpolitik braucht Beschäftigungspolitik! Umgekehrt bin ich mir nicht so sicher**“ (Ausführung/Beispiel: Abwanderung der Arbeitskräfte aus Ost-Deutschland in westösterreichische Tourismusbetriebe ist regionalpolitisch nicht wünschenswert, beschäftigungspolitisch aufgrund der höheren Mobilität aus Sicht des ESF jedoch schon.)
Alles was wir tun ist „place-based“, aber unterschiedliche Politiken haben unterschiedliche Raumbezüge (Frage: sektoral oder raumbezogen).

Durch den Vertrag von Lissabon wurde die **sozialpolitische Komponente** verstärkt und ist in Art. 9 als „Querschnittsklausel“ und Handlungsanleitung festgelegt. Somit sind soziale Auswirkungen für alle EU-Bereiche in Betracht zu ziehen.

Der Fokus liegt auf sozialer Kohäsion: Mehr Arbeitsplätze, bessere Arbeitsplätze und bessere Eingliederung (neue Schicht von „Working Poor“). Auf EU-Ebene gibt es kein einheitliches Flexicurity Modell – unterschiedliche Modelle (wie z.B. in IRL).

Quantitatives Ziel um Armut zu reduzieren: **smart, green und inclusive GROWTH**.
Europäische Beschäftigungspolitik sollte es in allen Regionen (arme/reiche) und für alle 27 Mitgliedsstaaten geben, da es auch in reicheren Regionen Entwicklungsunterschiede gibt (z.B. Arbeitslosenrate in Teilen von Brüssel bis zu über 20%).

Vereinfachungsbestimmungen für eine effiziente Implementierung sind unbedingt erforderlich, wobei die Komplexität im Mehrebenensystem nie ganz ausgeräumt werden kann.

Ein Mehrwert sollte durch Prozesse und neue Bereiche (z.B. Gender Mainstreaming) geschaffen werden und somit eine **präventive** anstatt kurativer **Arbeitsmarktpolitik** angestrebt werden.

